



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TenneT TSO GmbH
Herrn Dr. Frank-Peter Hansen
Bernecker Str. 70
95448 Bayreuth

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
20.11.2017

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
608-17-018
608j

☎ (02 28)
14-5721
oder 14-0

Bonn
28.10.2019

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks HKW Nord 2 (BNA0969b)

Aktenzeichen: 608-17-018

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TenneT TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, vertreten durch die Geschäftsführung

- Antragstellerin -

wegen

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks HKW Nord 2 (BNA0969b) hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann, am 28.10.2019 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des von der SWM Services GmbH betriebenen Kraftwerksblocks HKW Nord 2 (BNA0969b) als systemrelevant gemäß

...

§ 13b Abs. 2 EnWG wird mit einer Geltung vom 01.01.2023 bis zum Ablauf des 31.12.2024 genehmigt. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

2. Die Genehmigung wird unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt.

Gründe:

I.

Mit Schreiben vom 20.11.2017 zeigte die SWM Services GmbH gegenüber der Bundesnetzagentur und mit Schreiben vom 03.05.2018 gegenüber der Antragstellerin und gegenüber der SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG an, dass sie beabsichtige, die Erzeugungsanlage am Standort Unterföhring HKW Nord 2 aufgrund eines Bürgerentscheides zum 31.12.2022 endgültig stillzulegen.

Mit Schreiben vom 26.07.2019 stellte die Antragstellerin als verantwortliche Übertragungsnetzbetreiberin bei der Bundesnetzagentur den Antrag nach § 13b EnWG, die von ihr vorgenommene Systemrelevanzausweisung der vorstehenden Erzeugungsanlage für die Dauer von 24 Monaten, beginnend ab dem 01.01.2023 zu genehmigen. Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

In Beantwortung des Anhörungsschreibens der Bundesnetzagentur vom 11.10.2019 bekräftigte die SWM Services GmbH nochmals mit Schreiben vom 18.10.2019 ihre Absicht zur endgültigen Stilllegung der Anlage HKW Nord 2 zum Ablauf des Jahres 2022.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks HKW Nord 2 (BNA0969b) ist beginnend ab dem 01.01.2023 bis zum Ablauf des 31.12.2025 stattzugeben. Insoweit ist der Antrag zulässig und begründet. Im Übrigen ist er zulässig, aber unbegründet.

1. Die Voraussetzungen für die Genehmigung des Antrags gemäß § 13 Abs. 5 EnWG liegen vor.
 - a) Die Antragstellerin ist als systemverantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber antragsbefugt. Die Erzeugungsanlage befindet sich auch in ihrer Regelzone und überschreitet mit einer Nennleistung in Höhe von 332,7 MW den in § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG benannten Schwellenwert. Dem Antrag der Antragstellerin ging mit den Schreiben

vom 20.11.2017 und vom 03.05.2018 auch eine auf eine endgültige Stilllegung der Anlage gerichtete Anzeige voraus.

- b) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Ausweisung der Systemrelevanz zu Recht an, dass der Kraftwerksblock HKW Nord 2 (BNA0969b) systemrelevant ist. Eine Anlage ist gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG systemrelevant, wenn ihre Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.
- aa) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit des vorstehenden Kraftwerksblocks am Standort Unterföhring in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzenspässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung der Netzstabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann, was eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV darstellt. Diesbezüglich hat die Antragstellerin zur Überzeugung der Bundesnetzagentur dargelegt, dass die verfahrensgegenständlichen Anlagen zur Behebung von Netzenspässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze mindestens bis zum Ablauf des 31.12.2024 benötigt werden, um den vorgenannten Sicherheitsstandard zu gewährleisten. Denn ohne die Verfügbarkeit des Kraftwerksblocks HKW Nord 2 zum strombedingten Redispatch kann die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden. Dies ergibt sich aus der aktuellen Feststellung des Netzreservebedarfs der Bundesnetzagentur¹, die gemäß § 13b Abs. 2 Satz 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von zur Stilllegung angezeigten Kraftwerken herangezogen werden soll. Aus der vorgenannten Netzreservebedarfsfeststellung geht hervor, dass den Übertragungsnetzbetreibern infolge einer stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der verfahrensgegenständlichen Anlage und der damit einhergehenden Reduzierung der Redispatch-Leistung insgesamt zu wenig Redispatch-Leistung zur Verfügung stünde, um das Übertragungsnetz in den untersuchten Netzsituationen unter Einhaltung des genannten Sicherheitsstandards zu betreiben.

¹ Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2019/2020 sowie das Jahr 2022/2023 und zugleich Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der Systemanalysen vom 30. April 2019, abrufbar unter: www.bundesnetzagentur.de/netzreserve (Stand: 28.10.2019).

Hiernach wird die als systemrelevant ausgewiesene Anlage sowohl in dem bedarfsdimensionierenden Netznutzungsfall 307 als auch in dem bedarfsdimensionierenden Netznutzungsfall 950 mit ihrer vollen Netto-Nennleistung zum Redispatch durch die Übertragungsnetzbetreiber angefordert. Aus der im Winter 2022/2023 erwarteten Situation der zur Verfügung stehenden Erzeugungskapazitäten und der im selben Zeitraum erwarteten Stromnachfrage sowie aufgrund der durchgeführten Marktsimulation und Netzanalyse ergibt sich der Bedarf an Erzeugungskapazitäten, die zur Behebung kritischer Netzsituationen erforderlich sind. Insoweit haben die Ergebnisse der Systemanalyse 2019 dargelegt, dass das in Süddeutschland gelegene Steinkohlekraftwerk in der durch eine Starkwind-Starklast geprägten Grenzsituation sowie darüber hinaus in 413 modellierten Netznutzungsfällen im Laufe des Jahres (sog. Jahreslaufbetrachtung) zum positiven Redispatch-Einsatz erforderlich wird.

bb) Zutreffend geht die Antragstellerin daher davon aus, dass die endgültige Stilllegung des Kraftwerksblocks HKW Nord 2 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. Die Vorschrift in § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, wenn die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

- c) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Systemrelevanzausweisung zu Recht an, dass für die Dauer ihrer bis zum 31.12.2024 geltenden Ausweisung keine mildernden, gleich geeigneten Maßnahmen bereitstehen, um die Gefährdungslage zu beseitigen, als die Systemrelevanzausweisung des in Rede stehenden Kraftwerksblocks.
- d) Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung des Kraftwerksblocks HKW Nord 2 beziehen, die physikalisch für die Netzstabi-

tätsmaßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber herangezogen werden kann, da dessen gesamte Verfügbarkeit auch in der vorstehend genannten Reservebedarfsfeststellung als notwendig erachtet wurde.

- e) In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Dabei soll die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG grundsätzlich eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Die Antragstellerin hat diese Regelausweisdauer beachtet. Der Ausweisungszeitraum beginnt am Tag der beabsichtigten Stilllegung, dem 01.01.2023, 00:00 Uhr und endet dementsprechend am 31.12.2024 um 24:00 Uhr. Dem steht der Umstand nicht entgegen, dass für den Winter 2023/2024 noch keine Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber und keine diese bestätigende Reservebedarfsfeststellung der Bundesnetzagentur vorliegt. Die gesetzlich vorgesehene Regelausweisungsdauer von 24 Monaten bleibt unberührt, sofern für einen Zeitpunkt während des beantragten Ausweisungszeitraums die Systemrelevanz bestätigt ist und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass in dem übrigen Ausweisungszeitraum Umstände eintreten, die eine anderweitige Beurteilung der Notwendigkeit der Redispatch-Einsatzbereitschaft der verfahrensgegenständlichen Anlage gebieten (siehe OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, VI-3 Kart 117/17 [V], Seite 28). Der Umstand, dass vorliegend eine Systemrelevanzausweisung zu einem sehr frühen Zeitpunkt beantragt worden ist und sich bis zum Ausweisungszeitraum die Umstände, die den Umfang des notwendigen Redispatch-Potenzials determinieren, noch ändern können, berücksichtigt die Bundesnetzagentur mittels des Widerrufsvorbehalts (siehe näher unten 2.).
 - f) Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentcheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.
2. Die Genehmigung wird gemäß § 36 Abs. 1 Alt. 2 i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt.

Es sind keine Umstände ersichtlich, die dafür sprechen, dass der Widerrufsvorbehalt gemäß Ziffer 2 des verfügenden Teils dieser Genehmigung zu einer unangemessenen Beeinträchtigung der Interessen der Antragstellerin führt. Der Widerrufsvorbehalt ist gerechtfertigt, weil Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass in dem zur Genehmigung beantragten, atypisch weit in der Zukunft liegenden Ausweisungszeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2024 Umstände eintreten könnten, die zu einer anderwei-

tigen Bewertung der potentiellen Netzengpass-Situation und der Notwendigkeit der Verfügbarkeit der verfahrensgegenständlichen Anlage führen könnten. Diese zu Unsicherheiten führenden Umstände sind der Feststellung des Netzreservebedarfs der Bundesnetzagentur zu entnehmen: Die Netzreservebedarfsfeststellung vom 30. April 2019 wurde auf Grundlage der Annahme getroffen, dass die Entscheidung der EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), wonach im Rahmen der Kapazitätsberechnung potenziell immer weniger interne Netzelemente zu berücksichtigen sind, rechtlichen Bestand hat. Sollte die gegenwärtig beim Europäischen Gericht anhängige Klage der Bundesnetzagentur hingegen Erfolg haben, würde sich der Netzreservebedarf potenziell verringern.² Darüber hinaus konnte im Rahmen der Reservebedarfsfeststellung das Ergebnis des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz: Kohlekommission) vom 26. Januar 2019 noch nicht berücksichtigt werden.³ Der von der Bundesregierung angestrebte Ausstieg aus der Kohleverstromung könnte den Netzreservebedarf verändern. All diese Prognoseunsicherheiten rechtfertigen die Sicherstellung der gesetzlichen Voraussetzungen des § 13b EnWG mittels Widerrufsvorbehalts, da diese zum heutigen Tage noch nicht zweifelsfrei vorliegen oder vollständig nachgewiesen werden können.

3. Die Rechtsfolge der vorliegenden Genehmigung ist die Pflicht der Anlagenbetreiberin SWM Services GmbH zur Vorhaltung und zum Einsatz der verfahrensgegenständlichen Anlage für die Zwecke des Redispatches im Falle einer entsprechenden Einsatzanforderung durch die Antragstellerin (§ 13b Abs. 5 Satz 11 EnWG).

Die vorliegende Genehmigung bewirkt hingegen keine Pflicht der Anlagenbetreiberin SWM Services GmbH, die verfahrensgegenständliche Anlage wie bisher weiterzubetreiben, d.h. insbesondere sie auf dem Stromerzeugungsmarkt einzusetzen. Im Gegenteil folgt aus der vorliegenden Genehmigung ein Verbot der Vermarktung des erzeugten Stroms, sofern und sobald die Anlagenbetreiberin von der Antragstellerin die Erhaltungs- oder Betriebsbereitschaftsauslagen nach den Vorschriften der Netzreserve geltend macht (§ 13c Abs. 4 Satz 1 EnWG).

Die vorliegende Genehmigung lässt das Recht der Anlagenbetreiberin grundsätzlich unberührt, die verfahrensgegenständliche Anlage zugleich wärmeseitig als Ausfallreserve vorzuhalten und im Falle eines Ausfalls eines Wärmeerzeugers im Fernwär-

² Siehe zum Ganzen Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2019/2020 sowie das Jahr 2022/2023 und zugleich Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der Systemanalysen vom 30. April 2019, Seite 15 f. abrufbar unter: www.bundesnetzagentur.de/netzreserve (Stand: 28.10.2019).

³ Siehe Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2019/2020 sowie das Jahr 2022/2023 und zugleich Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der Systemanalysen vom 30. April 2019, Seite 16 f., abrufbar unter: www.bundesnetzagentur.de/netzreserve (Stand: 28.10.2019).

menetz (ohne stromseitige Anweisung der Antragstellerin) zu betreiben. Dies darf aber nur subsidiär geschehen. Das bedeutet, dass die Anlagenbetreiberin sicherstellen muss, dass die Anlage stromseitig stets auf Anforderung der Antragstellerin zum Redispatch-Einsatz fähig bleibt. Die stromseitigen Netzreserve Zwecke dürfen also durch die Wärmeversorgungszwecke insoweit nicht beeinträchtigt werden. Darüber hinaus hat die Anlagenbetreiberin sicherzustellen, dass ein eventueller Betrieb der Anlage zu Wärmeversorgungszwecken nicht mit einer Produktion von Strom einhergeht, welcher dann unter Missachtung des aus § 13c Abs. 4 Satz 1 EnWG resultierenden Vermarktungsverbots verkauft würde.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 28.10.2019

Im Auftrag



Joachim Gewehr
(Referatsleiter)

